© DPolG

Wer hat Schuld am G20 – die Polizei, wer sonst?

Der G20 als politisches, weltweit beachtetes Gipfeltreffen ist längst aus dem kollektiven Gedächtnis verbannt. Was bleibt und sich tief eingebrannt hat: Die Gewalt, das Ausmaß der Zerstörung, abgefackelte Autos, verletzte Kolleginnen und Kollegen, linksextremistische Gewalttäter, ein enthemmter Schwarzer Block, verwüstete Straßen – eine deutsche Millionenstadt im Ausnahmezustand! Wie kam es dazu? Wie war es möglich, dass sich trotz eines nie dagewesenen Aufgebots von Einsatzkräften aus Bund und Ländern, derartige gewalttätige Ausschreitungen, Brandstiftungen und Plünderungen ereigneten? Wie war diese exzessive Gewalt möglich? Antworten auf diese Fragen will eine sozialwissenschaftliche Studie des Projekts „Mapping #NoG20“ liefern. Forscher des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, der TU Berlin und des Hamburger Instituts für Sozialforschung waren an dieser Projektstudie beteiligt. Womit haben die Sozialwissenschaftler die Ergebnisse ihre Studie „Eskalation. Dynamiken der Gewalt im Kontext der G20-Proteste in Hamburg 2017“ unterlegt? Durch die eigene Anschauung, durch Befragungen während der Gipfeltage, Interviews mit Beteiligten, die Auswertung der umfassenden Medienberichterstattung und der Dauerkommunikation in den sozialen Medien wie Facebook und Twitter. Einer der Projektleiter, Dr. Peter Ullrich, hatte seine Botschaft allerdings bereits unmittelbar nach dem G20 in das Mikrofon des Nachrichtensenders n-tv in eine Richtung sehr klar adressiert: „Die Polizeiführung hat auf der gesamten Linie versagt.“ Damit war der Weg in etwa vorgegeben, denn das Fazit der Studie lautet: Die Hauptverantwortung liegt eindeutig bei der Polizeiführung. Sie hat durch eigene Vorhersagen und Beurteilungen den gewalttätigen Protest geradezu heraufbeschworen und deshalb von Beginn an mit überzogener Härte und bar jeder Kompromissbereitschaft agiert. Als Beispiel wird die Verhinderung von Protestcamps angeführt und das von der Polizeiführung erwünschte harte, brachiale Verhalten der Einsatzkräfte, hat immer mehr Gipfelgegner gegen die Polizei aufgebracht. Repressionsklima, fehlende Verhandlungsspielräume und das Ignorieren von Deeskalationsmöglichkeiten werden ebenfalls als Vorwurf an die G20-Einsatzleitung formuliert. Also Polizei, selbst schuld, wenn alles aus dem Ruder läuft, so einfach ist das! Bemerkenswert ist zudem die Tatsache, dass die Autoren der Studie die Rolle der Polizei als Träger des staatlichen Gewaltmonopols vernachlässigen und somit den Auftrag der Polizei während des G20-Gipfels außer Acht lassen. Es gibt eben keine Augenhöhe zwischen Polizei und ihren den Rechtsstaat ablehnenden Gegnern. Wer hat die Studie finanziert? Neben der ZEIT-Stiftung und zwei weiteren Stiftungen, hat auch die Rosa-Luxemburg Stiftung, die der Partei „Die Linke“ nahesteht, das Projekt finanziell unterstützt. Die Parteivorsitzende Katja Kipping meinte zum G20: „Die Polizeiführung hat alles getan, um jene Bilder zu erzeugen.“ Ein während des G20 eingesetzter, auswärtiger Kollege sah das völlig anders! Per WhatsApp schrieb er seinen Angehörigen und Freunden unter anderem: „Selbst nach der extremen Gewalt die wir Dienstag, Donnerstag und Freitag erlebt haben, haben die Demonstranten am Samstag immer noch nicht verstanden, dass Flaschen werfen, Pyro-Technik und Vermummung in einer Demo Straftaten darstellen, die wir nicht tolerieren können in einem Rechtsstaat. Aber trotzdem ‚hasst ganz Hamburg die Polizei‘ und Leute rufen: ‚Wir sind friedlich, was seid ihr?‘ während aus zweiter Reihe Flaschen fliegen, wir bedrängt werden und nach uns getreten wird, während eine Armada von Pressevertretern in erster Reihe steht und fragliche Presseausweise in der Hand hält und somit die Straftäter schützt, weil wir nicht vorbei kommen. Und dass die Gewalt von der Polizei ausging, ist eine absolute Frechheit. Die Vorbereitungen, die von Links getroffen wurden und die wir auch so aufgefunden haben, zeugen ganz klar davon, dass militante Linke weit geplant hatten. Gott sei Dank ist der Polizeiführer ein entschlussbereiter Mensch – ansonsten wäre nämlich wirklich jemand gestorben.“ *(Quelle: Wulf Schmiese, „Aus der zweiten Reihe flogen die Flaschen“ „Cicero“, 12. Juli 2017)* So ist das, die einen verfassen Studien, um eine Meinung zu bestätigen, die anderen standen in der ersten Reihe und haben über Tage und Nächte unter dem Einsatz ihrer Gesundheit den Rechtsstaat verteidigt!

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr, Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr

Fotos: ***DPolG Hamburg***, Ivonne Kussmann, Frank Riebow, Jana Rudolph
ISSN 0723-2230

@DPolGHH

Wissensvorsprung für ***DPolG***-Mitglieder

Neugierig? Interessiert? Dann komm zur Fachbereichssitzung …

Die *Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg (DPolG)* vertritt als mitgliederstärkste Berufsvertretung die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Polizei. Viele unterschiedliche Themen, wie zum Beispiel die Einsatzbelastung, die regionale Grundlast, ProBeSt, neue Dienstzeitmodelle, Entbürokratisierung und so weiter beschäftigen die Polizei Hamburg und ihre Mitarbeiter in Vergangenheit und Zukunft und damit verbunden natürlich auch die *DPolG Hamburg*.

In den verschiedenen Gremien der ***DPolG Hamburg*** werden diese Themen von ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern engagiert bewegt und konstruktiv diskutiert. Eines dieser Gremien ist der Fachbereich Schutzpolizei als Vertretung der Mehrheit der Mitglieder in der ***DPolG Hamburg***.

> **Alle Mitglieder unserer Gewerkschaft haben neben Flugblättern und Blitzinfos an den Wandtafeln der *DPolG* die Möglichkeit, auf den Sitzungen des Fachbereichs Schutzpolizei aktuelle Informationen zu gewerkschaftlichen und berufspolitischen Themen zu erhalten und sich aktiv einzubringen.**

Alleinige Voraussetzung zur Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der *DPolG Hamburg*.

Ebenso dienen die Sitzungen dazu, die Meinungen der Mitglieder zu unterschiedlichen Themen zu erfahren und gewerkschaftliche Positionen zu erarbeiten. Die Sitzungen des Fachbereichs Schutzpolizei finden in einem drei- bis vierwöchigen Rhythmus jeweils an einem Donnerstag um 16 Uhr in der Geschäftsstelle der ***DPolG***, im Holzdamm 18 (Nähe Hauptbahnhof), statt.

> **Jedes Mitglied ist hierzu ganz herzlich eingeladen. Herzlich willkommen sind alle Mitglieder aller Laufbahnzweige und Statusämter. Wir leben „eine Polizei"!**

Es würde uns freuen, Euch einmal auf einer der nächsten Fachbereichssitzungen begrüßen zu können. Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich gesorgt sein.

Für Fragen und weitere Informationen stehen der Fachbereichsvorstand Schutzpolizei

Ronald Helmer (PR), Telefon: 0172.5695281, **Andreas Reimer** (PR), Telefon: 4286.56609, **Flemming Schade** (PR), Telefon: 4286.56611, **Thorsten Pagel** (PK 44), Telefon: 4286.54410, sowie die Fachbereichsvorsitzenden **Wolfgang Laudon** (K), Telefon: 4286.25400, **Frank Riebow** (WSP), Telefon: 4286.56613, und Landesjugendleiterin **Christine Höxtermann**, Telefon: 4286.54210, zur Verfügung. ■

DPolG Hamburg (2)

Landesvorstand trifft MdB Christoph de Vries (CDU)

DPolG und de Vries einig: „Wir haben kein Defizit an Gesetzen, sondern ein Vollzugsdefizit!“

© Frank Riebow

Im Fokus des zweistündigen Gesprächs stand die innere Sicherheit in Bund und Ländern: Ronald Helmer, MdB Christoph de Vries, Landesvorsitzender Joachim Lenders und Klemens Burzlaff (von links).

Der Landesvorstand der ***DPolG Hamburg*** kam Ende September mit dem Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph de Vries zu einem Gespräch in unserer Landesgeschäftsstelle zusammen. Für den Landesvorstand haben ***DPolG***-Landesvorsitzender Joachim Lenders, der stellvertretende Landesvorsitzende Klemens Burzlaff, Ronald Helmer, Fachbereichsvorsitzender Schutzpolizei, und Landesredakteur Frank Riebow an dem Informations- und Meinungsaustausch teilgenommen. Christoph de Vries ist erstmals seit dieser Legislaturperiode Mitglied des Deutschen Bundestages und dort unter anderem Mitglied des Innenausschusses, dem insgesamt 46 Parlamentarier angehören. Der Innenausschuss (Ausschuss für Inneres und Heimat) ist neben der parlamentarischen Kontrolle des Bundesministeriums des Innern und dessen nachgeordneter Bundesbehörden auch federführend bei der Vorbereitung wichtiger Gesetzesvorhaben, bevor diese vom Bundestag beschlossen werden können. Zudem werden zahlreiche Anhörungen durchgeführt, um Informationen zu Detailfragen von Sachverständigen einzuholen. Der 43-jährige de Vries ist ein bekanntes Gesicht der Hamburger Landespolitik. Er war zehn Jahre Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, von 2011 bis 2015 Bürgerschaftsabgeordneter und ist aktuell stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hamburg. Beim Austausch mit dem Landesvorstand der ***DPolG*** standen bundes- und landespolitische Fragen zur inneren Sicherheit im Fokus. Innere Sicherheit ist nicht verhandelbar, der Rechtsstaat muss präsent und durchsetzungsfähig sein. Die Politik in Bund und Ländern muss kontinuierlich in Personal sowie Ausrüstung und Ausstattung investieren. Die Zulagen für besonders gefährdete und belastete Einsatzkräfte der Polizei sind dringend erforderlich und müssen noch ausgeweitet werden. Die in Hamburg vom Senat geplante Kennzeichnungspflicht stößt auch bei Christoph de Vries auf Ablehnung – ein klares, politisch gewolltes Misstrauensvotum gegenüber den Polizeibeamten. Das fast zweistündige Gespräch verlief in einer sehr konstruktiven Atmosphäre und wird fortgesetzt, oder wie es Christoph de Vries auf seiner Facebook-Seite formulierte: „Die ***DPolG*** ist und bleibt ein verlässlicher Partner für uns Innenpolitiker.“

Der Landesvorstand

DPolG: Unsere Forderung bleibt – Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge ohne Wenn und Aber!

„Sie müssen auch mal über den Tellerrand schauen!“ Wer kennt ihn nicht, diesen berufsbegleitenden „Hinweis“ vieler Dienstvorgesetzter? Gut, dann machen wir das mal! Der Polizeipräsident von Brandenburg, Hans-Jürgen Mörke, hat in einem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ bemerkenswerte Aussagen zur Zukunft der Landespolizei Brandenburg getroffen. „Wir haben in Brandenburg ein Sozialpaket geschnürt, das natürlich die Konkurrenz im Blick hat“, so Mörke am 18. August im Zeitungsinterview. Worum geht’s dabei?

Unter anderem:

- Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge ab dem 1. Januar 2019 (ohne Eigenbeteiligung!).
- Der Dienstgrad Polizeimeister (PM) wird abgeschafft! Nach der bestandenen Laufbahnprüfung I starten die Berufsanfänger als Polizeiobermeister (POM/A 8) ins Berufsleben (analog Schleswig-Holstein).
- Alle Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei Brandenburg erhalten eine monatliche Zulage von 60 Euro.

Tja, und wieder einmal fragen sich die über den „Tellerrand“ blickenden Hamburger Kolleginnen und Kollegen: „Warum ist solch ein Sozialpaket in Brandenburg möglich und in Hamburg nicht? Vielleicht liegt es einfach nur daran, dass die Landespolitik in Brandenburg die Zeichen der Zeit erkannt hat und unter der Steigerung der Berufsattraktivität etwas anderes versteht als der Hamburger Senat? ■

© Pixabay

WSP 522: Örtliche Zusammenlegung weiter offen – wie lange noch?

Von Frank Riebow, Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei

Die Überwachung von Gefahrgütern, die Durchführung von Gefahrgutkontrollen, intensive Kontrollen der jeweiligen Verkehrsträger, die Gefahrgutberatung und vieles mehr, ist in Hamburg Aufgabe der Wasserschutzpolizei und gehört zur Kernkompetenz unserer Kolleginnen und Kollegen. Hamburg ist mit seiner Infrastruktur, insbesondere mit dem Hafen, Drehscheibe für den Außenhandel Nord- und Osteuropas sowie dem deutschen Im- und Export. Diese Warenströme beinhalten auch sehr große Mengen an gefährlichen Gütern aller Art. Rund 18.000 See- und Binnenschiffe laufen den Hamburger Hafen jährlich an. Im vergangenen Jahr wurden rund 8,8 Millionen Standardcontainer (TEU) umgeschlagen. Darunter befanden sich circa 180.000 Container mit Gefahrgut, von denen wiederum zwei Prozent kontrolliert wurden. Für die Gefahrgutüberwachung und -kontrolle sowie die Sanktionierung von Verstößen, ist innerhalb der WSP Hamburg die Dienststelle WSP 52 zuständig. WSP 52 befindet sich in Harburg in der Wilstorfer Straße 100 im Stabsgebäude der Wasserschutzpolizei. Während die unmittelbaren Gefahrgutkontrollen von den Kolleginnen und Kollegen der Dienststellen WSP 522 und WSP 513 durchgeführt werden, ist WSP 521 zuständig für die Fachaufsicht. Eigentlich ist alles gut, eine klar umrissenes Aufgabenfeld und eindeutige Zuständigkeiten. So ist es aber nicht, leider. Die Rahmenbedingungen sind eher suboptimal, diplomatisch formuliert.

Rückblick

Im Zuge des Projekts „Organisationsanpassungen in der WSP Hamburg“ (PrOWSP) wurde von der WSP-Leitung unter anderem beschlossen, die Hafensicherheitsbeamten der Dienststellen WSPK 1 (Waltershof), WSPK 2 (Steinwerder) und WSPK 3 (Harburg) zu zentralisieren. Die Hafensicherheitsbeamten wurden aus ihren bisherigen Dienststellen herausgelöst und als WSP 522 (Gefahrgutüberwachung Hafen) neu organisiert. Mittelfristiges Ziel war es darüber hinaus, die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt innerhalb zweier Wachdienstgruppen Dienst verrichten, auch örtlich an einer Dienststelle unterzubringen. Die Neuorganisation WSP Hamburg ist dann zum 1. Mai 2015 in Kraft getreten.

Wunsch und Wirklichkeit

Jetzt sind fast dreieinhalb Jahre vergangen und die Kollegen sind immer noch, wie es im schönsten Verwaltungsdeutsch heißt, disloziert untergebracht! Geprüft wurde viel und Alternativen wurden immer mal wieder diskutiert. Jetzt wird ein Vorschlag favorisiert, der bereits vor Jahren geprüft und verworfen wurde: Die zentrale Unterbringung aller 20 Kolleginnen und Kollegen am WSPK 1, also unweit der Containerterminals der HHLA und der Firma Eurogate. Örtliche Lage top, alles andere nicht! Dieser Vorschlag ist vor Jahren zu Recht verworfen worden, denn das Dienstgebäude des WSPK 1 ist selbst nach einem kostenintensiven An- beziehungsweise Umbau aus Sicht der ***DPolG Hamburg*** ungeeignet. Das WSPK 1 wurde als WSP-Revier konzipiert und auch so gebaut. Es gibt keine Raumreserven und sämtliche Büros, Bereitschafts-, Sozial- und Sanitärräume sind auf die Anzahl der Mitarbeiter der Dienststelle zugeschnitten. Platz für weitere Dienst-Kfz und auch die Privat-PKW der Mitarbeiter schlichtweg kaum oder nicht vorhanden. Das WSPK 1 ist nicht mit dem ÖPNV zu erreichen und schon gar nicht 24/7 an Sonn- und Feiertagen. Die ***DPolG Hamburg*** fordert die Dienststelle auf, sich von dieser Idee zu verabschieden. Solange kein von allen Beteiligten akzeptiertes und geeignetes Dienstgebäude in Sicht ist, sollten die Kolleginnen und Kollegen von WSP 522 vom WSPK 1 und WSPK 3 aus ihrer Tätigkeit nachkommen. Das erspart nicht nur zusätzliche Kosten für notwendige Umbaumaßnahmen, sondern gibt den Kolleginnen und Kollegen endlich die Möglichkeit in einem angemessenen Umfeld zu arbeiten. ■

© pixabay(2)

dbb Bundesvize Volker Geyer zu Gast bei der *DPolG*

Ende August trafen der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer und unser stellvertretender Fachbereichsvorsitzender Verwaltung, Michael Adomat, mit Vertretern der Hamburger öffentlichen Arbeitgeber auf Landes- beziehungsweise kommunaler Ebene in der Landesgeschäftsstelle der ***DPolG Hamburg*** zusammen. In einem Gespräch mit dem Referenten bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), André Kuhring vom Personalamt, wurden anstehende Fragestellungen bezüglich der Einkommensrunde 2019 für die Länder erörtert. Außerdem fand ein fachlicher Austausch über die laufenden Verhandlungen zur neuen Entgeltordnung zum TV-L statt.

© Ivonne Kussmann

Zusammenkunft bei der ***DPolG***: Michael Adomat, André Kuhring vom Personalamt und dbb Bundesvize Volker Geyer (von links)

Fortgesetzt wurde der intensive Meinungsaustausch anschließend in der Geschäftsstelle der Arbeitsrechtlichen Vereinigung (AVH) zu rein Hamburger Tarifangelegenheiten. Mit der AVH hat der dbb Tarifverträge für insgesamt rund 60.000 Beschäftigte außerhalb des Landesdienstes vereinbart. Im Gespräch erhielten Volker Geyer und Michael Adomat die Zusage durch den Geschäftsführer der AVH, Urban Sieberts, dass für die Beschäftigten der Hamburger Kliniken und des Universitätsklinikums (UKE), die 2007 durch Tarifflucht der Arbeitgeber von der Tarifentwicklung zunächst abgekoppelt wurden, die Wiedereingliederung in das Tarifrecht für den kommunalen öffentlichen Dienst noch in diesem Jahr erfolgt. ■

Landestarifkommission dbb Hamburg – neuer Vorstand gewählt!

Während der letzten Sitzung der Landestarifkommission des dbb Hamburg – beamtenbund und tarifunion am 10. September wurde satzungsgemäß ein neuer Vorstand gewählt.

Der Vorsitzende und seine von der Landestarifkommission zu wählenden zwei Stellvertreter sowie der Schriftführer bilden die Geschäftsführung der Landestarifkommission. Die Landestarifkommission beschließt über alle Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem dbb bund Tariffragen von fast 60.000 Tarifbeschäftigten in Hamburg und bei Dataport (AöR). In Grundsatzfragen entscheidet sie über den Forderungsrahmen, die Kündigung von Tarifverträgen, die Annahme oder Ablehnung von Verhandlungsergebnissen und die Durchführung von Arbeitskampfmaßnahmen für Tarifbeschäftigte in vielen Bereichen des Hamburger öffentlichen Dienstes. Michael Adomat von der ***DPolG Hamburg*** wurde abermals durch einstimmigen Beschluss der Landestarifkommission (LTK) in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

Michael Adomat

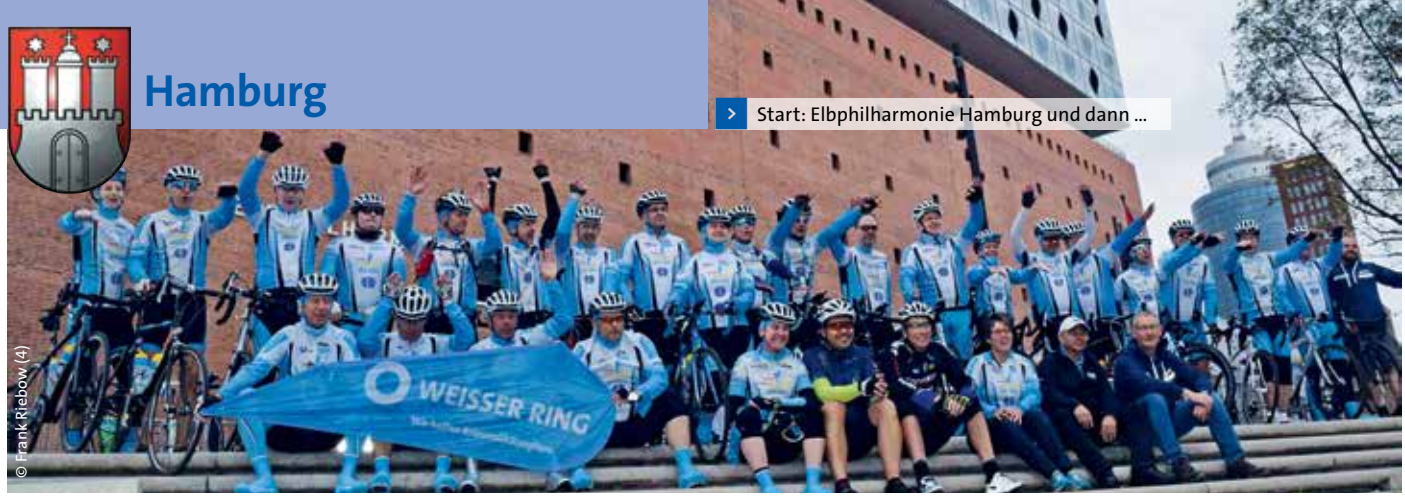
© DPolG Hamburg (2)

Beate Petrou

Der neue Vorstand der LTK wird mit den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Beate Petrou, ***DPolG Hamburg***, Jacqueline Schönfeldt, LVHS Hamburg, und dem Schriftführer Thomas Nuppenau, komba gewerkschaft Hamburg, komplettiert. Michael Adomat bedankte sich im Namen des neuen Vorstands bei den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen und führte weiter aus: „Vor uns liegen viele große und wichtige Aufgaben, daher ist es wichtig, dass der dbb Hamburg eine so starke und gut vernetzte Landestarifkommission mit einem breitem Fachwissen besitzt.“ ■

TV-L: Einkommensrunde 2019

Die Einkommensrunde mit den Ländern zum TV-L (Tarifgemeinschaft deutscher Länder/TdL) und zum TV-H (Land Hessen) wird Anfang 2019 beginnen. Bereits am 3. September 2018 haben sich die Streikleiterinnen und Streikleiter der betroffenen dbb Fachgewerkschaften zu einer Konferenz getroffen, um frühzeitig die organisatorischen Vorbereitungen zu beginnen. Die konkreten Forderungen werden dann im Dezember dieses Jahres von den zuständigen dbb Gremien beschlossen. Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, informierte die fast 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst über die allgemeine tarifpolitische Lage, insbesondere bezüglich der TdL. Hier spiele der Abbruch der Tarifverhandlungen über eine Entgeltordnung zum TV-L durch die Arbeitgeber eine entscheidende Rolle. Geyer stellte zudem fest, dass durch den Abstand der Entgelttabellen des TV-L zu den Tabellen des TVöD bereits jetzt klar sei, dass ein ganz erheblicher Nachholbedarf bestehe. Dies sei insbesondere die Folge des sehr guten letzten Abschlusses mit Bund und Kommunen zum TVöD zu Beginn dieses Jahres. Der dbb Tarifchef betonte außerdem, dass bei Einkommensrunden nicht nur auf Großkundgebungen und große Demonstrationen gesetzt werden sollte, sondern auch viele kleinere Aktionen entsprechende Wirkung erzielen könnten. Wir werden weiter berichten!



Start: Elbphilharmonie Hamburg und dann ...

© Frank Riebow (4)

„Vom Elbstrand bis ins Sachsenland“ – 1.000 Kilometer per Rad für den WEISSEN RING!

Seit vielen Jahren unterstützt die ***DPolG Hamburg*** das Radsportteam WEISSER RING Hamburg der BSG Polizei Hamburg. Die Radsportler – überwiegend Hamburger Polizistinnen und Polizisten – haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Opferschutzorganisation WEISSER RING bundesweit zu unterstützen, bekannt zu machen und sich für Kriminalitätsopfer einzusetzen. Dieses Jahr fand bereits die dritte Deutschlandtour statt. ***DPolG***-Landesvize Klaus Vöge und Stephan Paul Marcus, aus dem Fachbereich Verwaltung unserer Gewerkschaft, waren dieses Mal nicht selbst auf dem Rad dabei, sondern steuerten die Begleitfahrzeuge und waren für die Logistik verantwortlich! Die diesjährige Tour führte über 1.000 Kilometer elbaufwärts von Hamburg nach Dresden. Am 1. September war das Ziel, die Dresdner Frauenkirche, erreicht. Prominentester Teilnehmer der Deutschlandfahrt war in diesem Jahr, der amerikanische Generalkonsul von Hamburg, Richard „Rick“ Yoneoka. Prominent ging es auch bei der Verabschiedung des Teams an der Elbphilharmonie zu: Sportstaatsrat Christoph Holstein, Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, der ehemalige Polizeivizepräsident und langjährige Vorsitzende des WEISSEN RINGS Hamburg, Wolfgang Sielaff, sowie Kaffeeunternehmer Albert Darboven ließen es sich nicht nehmen, den Radsportlern persönlich alles Gute zu wünschen und sich für ihr Engagement zu bedanken! Tolle Aktion, danke!

Polizeipräsident Ralf Martin Meyer (Bildmitte), hier mit ***DPolG***-Landesvize Klaus Vöge (links) und Stephan Paul Marcus (rechts), ließ es sich nicht nehmen, das Team persönlich zu verabschieden.

© Jana Rudolph

... 1.000 Kilometer mit dem Rad zum Ziel: Dresdner Frauenkirche.

© Jana Rudolph

ERNST DEUTSCH THEATER

© Ernst Deutsch Theater (2)

Sozial- und Bildungswerk
der ***DPolG Hamburg*** im dbb

Holzdamm 18 • 20099 Hamburg • Telefon: 040.2540260 • Fax: 040.25402610

Weihnachtsmärchen 2018
Rapunzel

im Ernst Deutsch Theater
Sonntag, 16. Dezember 2018, 13.30 Uhr

Preise: 6 Euro bis 10 Euro pro Person

(inklusive Garderobe/Weihnachtstüte/Weihnachtsmann)

Die Eintrittskarte gilt gleichzeitig als Fahrkarte im HVV-Bereich!

Kartenreservierung und Kartenverkauf
in der Geschäftsstelle der ***DPolG Hamburg***, Telefon: 040.2540260

Die Ausgabe der Weihnachtsmärchen-Tüten erfolgt
mit freundlicher Unterstützung der Debeka und der HUK

Rapunzel

nach den Brüdern Grimm

16.11. bis 23.12.2018

Illustration: Marina Kester

Versorgungsrechner für Beamte

Es gibt vom Zentrum für Personaldienste (ZPD) bereits den Zusatzversorgungsrechner für Tarifbeschäftigte. Seit dem Sommer dieses Jahres stellt das ZPD auch einen Versorgungsrechner für die Hamburger Landesbeamtinnen und -beamten zur Verfügung. Mithilfe dieses Versorgungsrechners können sich alle Kolleginnen und Kollegen ihr voraussichtliches Ruhegehalt errechnen lassen. Die Vorteile des Versorgungsrechners im Vergleich zur schriftlichen Versorgungsberatung sind offensichtlich. Es müssen keine Voraussetzungen, wie zum Beispiel ein bestimmtes Alter erfüllt sein, um den Versorgungsrechner zu nutzen, er kann uneingeschränkt viele Alternativen berechnen und niemand braucht längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen. Um den Versorgungsrechner zu nutzen, benötigt man eine Übersicht der Beschäftigungszeiten, die Bezügemitteilung und ein paar Minuten Zeit.

Was ist neu?

Seit Kurzem müssen die ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge nicht mehr manuell errechnet werden. Dies nimmt der Versorgungsrechner automatisch anhand der Eingabe der Besoldungsdaten vor. Der Versorgungsrechner ist dadurch jetzt deutlich leichter handhabbar. Die allgemeinen Informationen sind im Personalportal und im Onlineauftritt des ZPD zu finden. Das ZPD hat beide Informationsquellen aktualisiert und verbessert. Die allgemeinen Informationen ergänzt ein umfangreicher Leitfaden.

Wer sich beispielsweise fragt, welche Dienst- und Beschäftigungszeiten im Versorgungsrechner berücksichtigt sind? Dann hilft der Leitfaden weiter und jeder kann innerhalb dieses Leitfadens anhand seiner Laufbahn die ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten bestimmen. Im Web unter: ***https://versorgungsrechner.zpd.de*** ■

DPolG-Lesezeichen

„Wir sind dann wohl die Angehörigen“

© Piper Verlag

„Die Entführer werden das Geld bekommen, und dann werden sie ihn ermorden. So läuft das immer, wieso sollte es diesmal anders sein? Das Ende war also klar. Nur wie würde der Anfang sein?“ Wer hier so eindringlich ein düsteres Szenario beschreibt, das mit dem Tod eines Menschen endet, ist der 13-jährige Johann Scheerer, und der Mann, dessen Sterben der Junge als unausweichlich sieht, ist Jan Philipp Reemtsma, sein Vater. Wir sind in Hamburg, genauer in Blankenese und es ist März 1996. Dienstältere Kolleginnen und Kollegen werden sich noch sehr genau erinnern – die Reemtsma-Entführung war einer der spektakulärsten und dramatischsten Kriminalfälle in Deutschland und hielt die Polizei über Wochen in Atem.

Mehr als einen Monat war Reemtsma entführt, angekettet in einem Keller und in ständiger Todeserwartung. Mit dem Buch „Im Keller“ hat Jan Philipp Reemtsma bereits 1997 seine Entführung beschrieben und dabei versucht, sich von diesem Trauma zu lösen. Nach über 20 Jahren hat nun sein Sohn, der mittlerweile 35-jährige Johann Scheerer, mit „Wir sind dann wohl die Angehörigen“ ein Buch vorgelegt, das diese bedrückende Zeit aus der Sicht des damals 13-jährigen Teenagers zeigt. Hilflosigkeit, Angst, Wut und Resignation überfordern den Jungen und niemand darf etwas erfahren, nach außen ist alles wie immer – im Haus, ist nichts mehr wie es war, da ist jetzt die Polizei mit ihrer Einsatzzentrale. Johann Scheerer ist ein packendes Buch gelungen. Es zeigt schonungslos, welche Traumata Angehörige von Verbrechensopfern erleiden und wie schwer es für Menschen ist, sich daraus zu befreien. Leseempfehlung!

Frank Riebow

Ruhestand*

Folgende Kollegen sind zum 31. August 2018 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHK	Heinz Hoffmann	PK 21
PHK	Rainer Hoppe	SP 12
PHK	Axel Wilck	SP 12

*Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.